

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 ppbn d

## Inhalt

Erwin Horn MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, wendet sich gegen die Benachteiligung von Zeit- und Berufssoldaten: Wörner steht im Wort.

Seite 1

Dietrich Sperling MdB fordert eine bessere Sicherung des Grundwassers: Vollzugsdefizit der Verwaltung muß überwunden werden.

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB setzt sich für eine finanzielle Soforthilfe für den öffentlichen Nahverkehr ein: Dollinger auf verhängnisvollem Kurs.

Seite 4

### Dokumentation:

Horst Ehmke auf dem Landesparteiabend der hessischen SPD: Der Offenbarungseid der Rechtskoalition.

Seite 6

38. Jahrgang / 155

16. August 1983

Wörner steht im Wort

Zeit- und Berufssoldaten dürfen nicht länger benachteiligt werden

Von Erwin Horn MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

"Alle Armeen der Welt sind konservativ; da macht auch die Bundeswehr keine Ausnahme", so formulierte einst Helmut Schmidt als Verteidigungsminister. Die größte Berufsvertretung der deutschen Soldaten, der Deutsche Bundeswehr-Verband, steht sicher auch nicht im Verdacht revolutionär zu sein. Er kennt aber zweifellos die Stimmung unter den Soldaten und gibt korrekt wieder, was sich dort artikuliert. Wenn der Bundeswehr-Verband die Beschlüsse der Bundesregierung vom 29. Juni 1983 zum Haushalt 1984 als ungerecht und unsozial und unausgewogen ablehnt, so spricht daraus Enttäuschung und auch Verbitterung. Neben der Verschiebung der Wehrsoldaterhöhung auf 1985 kritisiert der Bundeswehr-Verband herbt die Verschiebung der Besoldungsanpassung auf den 1. April 1985.

Bereits jetzt steht mit dem weit in das nächste Jahr hineinreichenden Tarifabschluß bei Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst fest, daß der Dienstrechtsbereich und damit auch die Soldaten, einseitig benachteiligt wird. Damit ist die Geschäftsgrundlage für einen Besoldungsstopp für Soldaten entfallen. Zu Recht besteht der Deutsche Bundeswehr-Verband deshalb auf der Einlösung des gesetzlichen Anspruchs der Soldaten auf Anpassung ihrer Besoldung an die allgemeine und finanzielle Entwicklung. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Verteidigungs-Ausschusses werden sich dieses Problems mit besonderem Engagement annehmen.

Zu berücksichtigen ist nämlich, daß 80 Prozent der Zeit- und Berufssoldaten vergleichsweise dem einfachen und mittleren Dienst angehören und damit zu den einkommensschwachen Gruppen unseres Volkes.

Wenn die Bundesregierung die Verschiebung der Gehaltsanpassung mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die "Sicherheit des Arbeitsplatzes", begründet, so wie es in der Pressemitteilung des Bundesministers der Finanzen über die Regierungsbeschlüsse vom 29. Juni 1983 heißt, dann trifft diese Begründung auf die große Mehrheit der Soldaten, näm-



lich die rund 200.000 Soldaten auf Zeit nicht zu. Sie müssen sich nämlich nach ihrer Bundeswehrzeit um einen Anschlußberuf bemühen. Sie haben keinen sicheren Arbeitsplatz und tragen das volle Risiko der Arbeitsmarktlage - ebenso wie etwa 230.000 Grundwehrdienstleistende der Wehrpflichtigen. Schon deshalb läßt sich die Besoldungsverschiebung in das übernächste Jahr hinein für Soldaten nicht halten.

Es ist an der Zeit, die tagesrechtlichen Unterschiede und die besonderen Dienst-eigentümlichkeiten des Soldatenberufes, die bei der bisherigen Dienstrechtspolitik nicht hinreichend gewürdigt wurden, zu berücksichtigen. Damit würden zahlreiche Benachteiligungen zu Lasten der Soldaten beseitigt.

- Die Mehrheit der längerdienenden Soldaten, nämlich die rund 200.000 Soldaten auf Zeit, dienen nur auf Zeit.
- Sie verfügen - ebenso wie die etwa 230.000 Grundwehrdienstleistenden - über keinen sicheren Arbeitsplatz und tragen das volle Risiko der Arbeitsmarktlage.
- Lediglich 60.000 von insgesamt 495.000 Soldaten sind Berufssoldaten. Sie verfügen - anders als Lebenszeitbeamte - über besondere Altersgrenzen (Beginn mit dem 53. Lebensjahr) und erleiden aufgrund ihrer frühen Pensionierung gegenüber dem übrigen öffentlichen Dienst erhebliche Einkommenseinbußen.
- 80 Prozent der Soldaten, die Besoldungsbezüge empfangen, befinden sich vergleichsweise im einfachen und mittleren Dienst und gehören damit zu den einkommenschwachen Gruppen.
- Soldaten haben keine Dienstzeitregelung und kennen deshalb keine 40-Stunden-Woche. Sie erhalten demzufolge auch keine Mehrarbeitsvergütung. Erst wenn sie im Jahresdurchschnitt mehr als 56 Stunden in der Woche Dienst tun, erhalten sie eine monatlich zu versteuernde Vergütung von 90 DM.
- Die Dienstzeitbelastung der Soldaten ist unzumutbar hoch. Nach amtlichen Feststellungen des Bundesverteidigungsministeriums leisten 82 Prozent der Soldaten des Heeres regelmäßig über 56 Wochenstunden Dienst. Bei Luftwaffe und Marine liegt die Dienstzeitbelastung zum Teil über 70 Stunden.
- Von allen Bürgern der Bundesrepublik ziehen Soldaten am häufigsten um. Rund 12.000 Soldaten-Familien wechseln aufgrund von Versetzungen jährlich den Standort, mit allen damit verbundenen sozialen Problemen, von der Berufstätigkeit der Ehefrau und der Schul- und Berufsausbildung der Kinder hin bis zu Wohnungsproblemen.
- Der aus finanziellen Gründen bestehende Mangel an rund 30.000 längerdienenden Soldaten wird durch Überbeanspruchung der vorhandenen kompensiert. Die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte stellt insofern an jeden Soldaten höhere Anforderungen als in den weitaus meisten Sparten des öffentlichen Dienstes gefordert werden.
- Soldaten kennen keine Mitbestimmung in ihren personellen Anliegen im Rahmen der Personalvertretung.
- Der Verwendungsstau in den Streitkräften hat dazu geführt, daß die militärischen Führer für ihre Verwendung zu alt geworden sind.

Anders als im übrigen öffentlichen Dienst ist bei den Soldaten die körperliche Leistungsfähigkeit Eignungsvoraussetzung. Die Überalterung gefährdet somit die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte.

Verteidigungsminister Dr. Wörner steht im Wort bei den Soldaten. An seinen heutigen Taten muß er gemessen werden. An seinen Versprechungen in der Opposition. Als Dienstherr hat er eine Fürsorgspflicht gegenüber den Soldaten. Motivation und Berufszufriedenheit, Leistungsbereitschaft und Loyalität der Soldaten und damit letztlich auch die Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte stehen auf dem Spiel.

(-/16.8.1983/vo-he/ca)

**Grundwassersicherung wird immer wichtiger**

-----  
**Vollzugsdefizit der Verwaltungen muß überwunden werden**

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Auch der trockene und heiße Sommer hat in der Bundesrepublik zu keinen ernsthaften Störungen in der Wasserversorgung geführt.

Wir sollten uns von dieser Tatsache nicht täuschen lassen: Der Wasserbedarf steigt langsam, aber kontinuierlich. Immer mehr Verdichtungsgebiete "holen" ihr Wasser per Fernversorgung aus entfernten, ländlichen Gebieten. Auch das Grundwasser ist zunehmend belastet und muß immer stärker "aufbereitet" werden, um als Trinkwasser genutzt werden zu können.

Fernversorgung wie Grundwasserbelastung entwickeln sich zu hochrangigen ökologischen Problemen.

Ein großer Teil der Schadstoffbelastung des Grundwassers entsteht durch den übertriebenen Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft. Die Agrarpolitik muß künftig wesentlich stärker als bisher davon ausgehen, daß sie nicht nur für die landschaftliche Produktion, sondern auch für eine richtige "Ernährung", zu der gutes Wasser ganz wesentlich gehört, zuständig ist.

Die Industrie treibt - gestützt auf alte Brunnenrechte - eine recht sorglose eigene Wasserförderungs politik. Auch diese muß überprüft werden. Kostbares Grundwasser darf nicht für industrielle Zwecke eingesetzt werden, für die eigentlich keine hohe Wasserqualität erforderlich ist.

Gutes Wasser wird langfristig ein knappes und teures Gut werden. Rationeller Umgang mit dem "Grundstoff" ist nicht nur für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung wichtig - auch für die Lebensfähigkeit der Natur.

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem vielbeachteten Urteil klargestellt, daß auch das Grundrecht auf Eigentum und seine Nutzung, zum Beispiel im Falle des Kiesabbaus, Grenzen beachten muß, die von der Sicherung wichtiger öffentlicher Güter, wie des Grundwassers ausgehen.

Es gibt im Bereich der Wasserversorgung nach wie vor ein Vollzugsdefizit der Verwaltungen. Vorausschauendes und nicht nur reagierendes öffentliches Handeln ist hier überlebenswichtig.

Ökologische Probleme lassen sich - erst recht, wenn sie sich zu Krisen entwickelt haben - nicht mehr durch Show-Politik oder dramatische Auftritte im Stile des Innenministers lösen.

Die ständigen Versuche der bayerischen Landesregierung, das Abwasserabgabengesetz in seiner Wirkung zu zerstören, sind nur dazu geeignet, die Versorgungsprobleme und Umweltzerstörungen schneller herbeizuführen, deren Beseitigung wortreich beschworen wird.  
(-/16.8.1983/vo-he/ca)

\* \* \*



Dollinger auf verhängnisvollem Kurs  
-----

## Der öffentliche Nahverkehr braucht finanzielle Soforthilfe

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Einen besonders verhängnisvollen Kurs steuert Bundesverkehrsminister Dollinger im öffentlichen Personennahverkehr. Obwohl mehr als die Hälfte aller Bundesbürger - besonders Jugendliche, Senioren und weniger gut gestellte Mitbürger - auf Busse und Bahnen angewiesen sind, schiebt Dollinger den öffentlichen Nahverkehr aufs Abstellgleis. Erste Schritte dazu: Die in den Haushaltsplänen der sozialliberalen Koalition vorgesehenen Zusatzmittel für Investitionen im öffentlichen Nahverkehr wurden für den Haushalt 1983 und jetzt auch für die Folgejahre gestrichen.

Dabei kommt gerade jetzt zusätzlichen Investitionsmitteln für den öffentlichen Nahverkehr schon deshalb besondere Bedeutung zu, weil jede hier eingesetzte Mark mehr Arbeitsplätze schafft als in den übrigen Verkehrsbereichen. Noch viel wichtiger ist allerdings, daß durch die neuerlichen Investitionskürzungen der Bundesregierung auch die bisherigen Investitionen abgewertet werden. Denn angefangene U- und S-Bahn-Strecken nützen wenig. Erst die fertigen Netze ermöglichen einen so attraktiven Verkehr, daß dadurch zusätzliche Fahrgäste für den öffentlichen Verkehr gewonnen werden und die bisherigen gehalten werden können. In der derzeitigen schlechten Konjunkturlage, in der dem öffentlichen Nahverkehr durch die hohen Arbeitslosenzahlen Fahrgastrückgänge entstehen, wäre es umso wichtiger, durch eine Erhöhung der Investitionen die Nahverkehrsnetze in den Ballungszentren schneller zu komplettieren.

Aber nicht nur die Ballungszentren brauchen Hilfe. Ganz besonders in den Gebieten außerhalb der Ballungsräume besteht die Gefahr, daß in wenigen Jahren überhaupt kein öffentlicher Nahverkehr mehr stattfindet, wenn nicht finanzielle Hilfe kommt. Deshalb lauten die Forderungen der SPD:

- Erhöhung der Investitionsmittel für den öffentlichen Nahverkehr durch Zweckbindung mindestens eines weiteren Pfennigs bei der Mineralölsteuer und durch Umschichtung von Haushaltsmitteln aus anderen Bereichen. In den Ballungsgebieten muß der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs Vorrang vor einem verstärkten Straßenbau haben. Deshalb muß hier auch der Verteilungsschlüssel innerhalb des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs geändert werden.
- Einbeziehung von Bus-Systemen vor allem außerhalb der Ballungszentren in die Investitionsförderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Dabei müssen auch kleine Maßnahmen, die aber oft großen Nutzen bringen, nachhaltig unterstützt werden, vor allem Beschleunigungsmaßnahmen für Busse und auch Straßenbahnen, zum Beispiel durch geeignete Ampelschaltungen.
- Sparsamer Einsatz der Investitionsmittel. Das Geld muß demjenigen öffentlichen Verkehrsmittel zufließen, das die geringsten Bau- beziehungsweise Folgekosten und vielleicht auch die kürzesten Bauzeiten benötigt. Parallelplanungen von Schiene und Straße müssen vermieden werden. Für Prestigeobjekte ist kein Platz.
- Während in den Ballungsräumen mit den Verkehrsverbänden bereits eine grundsätzlich geeignete Organisation gefunden ist, muß im ländlichen Raum der öffentliche Nahverkehr auch durch organisatorische Maßnahmen noch wesentlich verbessert werden. Fahrpläne, Linienführung, Tarife und die Finanzierung der einzelnen Verkehrsunternehmen müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Der freigestellte Schülerverkehr muß in den öffentlichen Verkehr integriert werden. Die Bundesregierung muß durch besondere



Finanzierung den Anreiz schaffen, daß diese notwendigen organisatorischen Verbesserungen schnell durchgeführt werden.

- Bei erhaltungswürdigen Schienenstrecken außerhalb der Ballungszentren müssen vereinfachte Betriebsweisen ähnlich der Straßenbahn eingeführt werden, damit die Kosten sinken.
- An den Haltestellen der Bahnen müssen schnell in verstärktem Umfang Parkplätze geschaffen werden, damit die Bewohner des ländlichen Raums nicht bis in die verstopften Ballungkerne mit dem Auto fahren müssen, sondern an geeigneter Stelle auf S- oder U-Bahn umsteigen können.
- Die Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs muß durch einfache und standardisierte Automaten und Informationseinrichtungen erleichtert werden.
- Durch eine Staffelung des Schul- und Arbeitsumfanges werden die Verkehrsspitzen erheblich entschärft. Das führt nicht nur zu wesentlichen Kosteneinsparungen bei den Nahverkehrsunternehmen, sondern auch zu einem erheblichen Gewinn an Verkehrssicherheit.
- Die Ausgleichszahlungen der öffentlichen Hand für Sozialtarife, vor allem im Ausbildungsverkehr, müssen unbedingt beibehalten werden, da sonst für diese Gruppe unzumutbare Fahrpreise entstehen würden.
- Die Kilometerpauschale für Autofahrer in den Werbungskosten bei der Lohn- und Einkommensteuer muß durch eine allgemeine Entfernungspauschale ersetzt werden, die Autofahrern, Fahrgästen des öffentlichen Nahverkehrs, Radfahrern und Fußgängern gleichermaßen zugute kommen muß.
- Die Gasölbetriebsbeihilfe, also die Befreiung des öffentlichen Nahverkehrs von der Mineralölsteuer, muß wieder eingeführt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat zwar seinerzeit der Abschaffung dieser Hilfe zugestimmt, aber nur unter der Voraussetzung, daß als Folge auch bei den anderen Verkehrsträgern wie Binnenschifffahrt und Linienluftfahrt diese Steuerbefreiung abgeschafft wird. Da die jetzige Regierung keine Anstalten trifft, die Steuerbefreiung bei Linienluftfahrt und Binnenschifffahrt abzuschaffen, darf auch der öffentliche Nahverkehr nicht schlechter gestellt sein.

Bundesverkehrsminister Dollinger wäre gut beraten, wenn er die Forderungen der SPD aufgreifen und so dem öffentlichen Nahverkehr die lebensnotwendige Hilfe zukommen lassen würde. Die SPD-Bundestagsfraktion sagt ihm jede Unterstützung bei der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs zu.

(-/16.8.1983/vo-he/ca)

+

+

+



D O K U M E N T A T I O N

Auf dem Landesparteitag der Hessischen Sozialdemokraten in Wiesbaden hat der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des SPD-Vorstandes, Horst Ehmke, am Wochenende unter anderem folgendes ausgeführt:

Der Offenbarungseid der Rechtskoalition

Wir stehen hier vor einem Grundproblem: Fast alle wirtschaftlichen Probleme sind heute international. Die politischen Entscheidungsprozesse aber sind - trotz der Europäischen Gemeinschaft - im wesentlichen national. Mit nationalen Mitteln allein läßt sich die Weltwirtschaftskrise aber nicht überwinden. Eine der großen konzeptionellen Herausforderungen besteht daher gerade für die Parteien der europäischen Linken mit ihrer internationalistischen Tradition darin, neue Formen und Instrumente internationaler Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu entwickeln.

Die Konservativen versuchen dagegen, den Wählern weiszumachen, die beste Form der Internationalität sei das gemeinsame Nichtstun. Und das Geld für nationale Beschäftigungsmaßnahmen und ihre soziale Flankierung solle man doch besser sparen. Im Angesicht von jetzt 35 Millionen Arbeitslosen in der westlichen Welt klingt das nicht nur zynisch, sondern ist es auch - zumal es nicht funktionieren kann. Aber mancher Wähler, auch mancher Wähler aus der Arbeitnehmerschaft, hat im März offenbar gemeint, nach so vielen Krisenjahren und nach so langer Regierungszeit der Sozialdemokraten sollen es einmal die Konservativen mit ihrem Rezept versuchen.

Darüber dürfen wir nicht rechten. Wir haben die Wählerentscheidung akzeptiert und die Oppositionsrolle in Bonn ohne Wehklagen und, wie ich glaube, mit politischem Elan angenommen. Aber nun ist es auch Zeit, zusammen mit den Wählern zu prüfen, ob sich die Versprechungen und Verheißungen der Rechtskoalition erfüllt haben, die großen Worte von wirtschaftlichem Aufschwung, vom Abbau der Schulden, von der sozialen Gerechtigkeit aus christlicher Verantwortung, von der Besserstellung der Familien, von der Lehrstellengarantie, vom verbesserten Umweltschutz, von der Toleranz in der Rechts- und in der Innenpolitik und von der Fortsetzung der unter Willy Brandt und Helmut Schmidt so erfolgreichen deutschen Außenpolitik.

Ein CDU-Mann, der den Titel meiner heutigen Rede "Der Offenbarungseid der Rechtskoalition" in der Zeitung gelesen hatte, hat mir geschrieben, der Titel sei doch wohl etwas verfrüht. Dazu kann ich nur sagen: man kann gar nicht früh genug anfangen.

Die Enttäuschung über die Regierung der Rechtskoalition wird inzwischen von vielen Wählern, vor allem von vielen Arbeitnehmern, die es im März einmal mit der CDU versuchen wollten, deutlich ausgesprochen. Es gibt sogar nahezu heldenhaft kritische Worte selbst aus den Reihen der christlichen Arbeitnehmerschaft - heldenhaft jedenfalls dann, wenn man bedenkt, daß die Sozialausschüsse in der CDU nun ja schon seit Jahren sonst nur Mäuschen spielen. Mit dem frühkapitalistischen Programm des Sozialdarwinismus vor Augen, das ausgerechnet der Vorsitzende des sozialpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der feine Herr Haimo George, vor kurzem verkündet hat, kann ich nur sagen: Was hatten diese Arbeitnehmer denn von dieser Koalition der Konservativen für die Konservativen eigentlich erwartet?

Und hier liegt die immense bundespolitische Bedeutung dieser hessischen Landtagswahl. Unsere bundesstaatliche Ordnung ist eine Ordnung der Gegengewichte und Kontrollen. Hessen muß unter Holger Börner ein bundesstaatliches Gegengewicht gegen die soziale Reaktion in Bonn werden, so wie es einst unter dem unvergessenen Georg-August Zinn ein fortschrittliches Gegengewicht gegen die gesellschaftliche Restauration in Bonn gewesen ist. Darin liegt der Sinn unserer Parole "Hessen wieder vorn".

Was ist denn, liebe Freunde, im ersten halben Jahr nach der Bundestagswahl aus den Versprechen der Rechtskoalition geworden, die am 25. September in Hessen ihre Macht weiter etablieren will?

Dazu kann ich zunächst nur wiederholen, was Willy Brandt in der vergangenen Woche in Neu-Anspach gesagt hat: Den Grad von innerer Zerrissenheit, unter dem die sozial-li-

berale Koalition - dank Genscher und Lambsdorff - nach 13 Jahren Regierungszeit litt, den hat die Rechtskoalition offensichtlich schon nach 13 Wochen erreicht. Kein Feld, auf dem sie sich nicht in den Haaren liegen. Wir haben das kürzlich von A - Z kommentiert. Das Gefährlichste ist dabei das Durcheinander auf dem Gebiet der Außenpolitik.

Die Krone gebührt dabei diesmal allerdings Strauß und nicht Genscher, der sich eher wie ein ausgewendelter Wendeler fühlen mag. Nun sagen manche CDU-Leute halb entschuldigend, das mit dem Strauß werde halt langsam pathologisch. Späte Einsicht. Oder war die Art, wie er in der Spiegel-Affäre gelogen und dann anderen vorgeworfen hat, sie hätten gelogen, etwa nicht pathologisch?

Es geht dabei aber in erster Linie gar nicht um Strauß und seine Eskapaden, wie die veröffentlichte Meinung zu glauben scheint. Es geht um Genscher und Kohl. Nicht, daß es bei diesem FDP-Vorsitzenden politisch noch viel zu demontieren gäbe. Das meiste hat er schon selber besorgt. Aber ein deutscher Außenminister, der sich von einem bayerischen Ministerpräsidenten von Bukarest über Warschau bis zu Honecker derart ins Handwerk pfuschen läßt und in derart dilettantischer Art dazu, der wird auch draußen bald als ein Hanswurst dastehen. Das kann den deutschen Interessen nicht dienlich sein.

Und über alledem der große Schweiger vom Wolfgangsee. Eigentlich freuen wir uns ja, wenn er einmal nicht so viel redet. Aber er darf nicht schweigen, wenn ihm seine Regierung auseinanderläuft. Dieses Land braucht Handlungsfähigkeit. Die ist aber nicht durch Ausklammern und durch ein "Seid-nett-zueinander" zu erreichen.

Welche Politik betreibt die Kohl-Regierung zum Beispiel hinsichtlich Zentralamerikas oder Namibias eigentlich? Die, die Genscher, oder die, die CSU verkündet?

Und was etwa ist eigentlich Kohls Politik im Nahen Osten? Offenbar will er sich Herrn Begin gegenüber weniger kritisch verhalten als wir es getan haben, aber gleichzeitig möchte er den Saudis Panzer verkaufen. Was denn nun?

Was vor allem aber ist seine Politik im Ost-West-Verhältnis? Erst ist Herr Kohl Präsident Reagan in die Brusttasche gekrochen, um aus ihr heraus dem deutschen Wähler staatsmännisch zuzuwinken. Nun scheint er Schwierigkeiten zu haben, aus der Tasche wieder herauszukommen - was seinen Einfluß weder in Washington noch in Moskau erhöht. Steht Herr Kohl nun in konservativer Treue fest zu Reagan, obwohl die bisherige amerikanische Verhandlungsposition in Genf - das hat sie mit der sowjetischen Position gemeinsam - nicht gut genug ist, um ein Ergebnis erreichen zu können. Oder fängt er endlich einmal an, deutsche und europäische Interessen auch gegenüber dieser amerikanischen Administration mit Nachdruck zu vertreten?

Wir Sozialdemokraten verlangen von der Sowjetunion, daß sie ihre auf uns gerichteten SS 20-Raketen wieder abbaut. Und wir verlangen von den Vereinigten Staaten, daß in Genf wirklich verhandelt wird, so wie wir es in der Nato gemeinsam beschlossen haben. Bisher hat es nur eine Bewegung gegeben, den sogenannten "Waldspaziergang" der beiden Unterhändler, der dann von beiden Hauptstädten verworfen worden ist. Wir Sozialdemokraten fordern unter anderem, daß dieser Lösungsansatz wieder aufgenommen wird. Dafür sind wir von den Konservativen - Union und FDP - mangelnder Nato-Treue verdächtigt worden, obwohl viele Amerikaner genauso denken wie wir. Aber dann hörte man plötzlich aus den Kulissen, Herr Wörner fände unsere Forderung gar nicht so schlecht. Von Herrn Kohl erhielt er dafür eine Rüge. Dann entdeckte aber auch Genscher, daß eine Lösung in Richtung "Waldspaziergang" doch nachdenkenswert sei. Er hatte zwar uns Sozialdemokraten vorher für entsprechende Vorschläge in deutsch-nationaler Manier zu diffamieren versucht. Aber andererseits hat er im November einen Parteitag, der über die Stationierung entscheiden soll. Und vielleicht fürchtet er, die Säuberung der FDP von liberalen Elementen sei noch nicht weit genug fortgeschritten, um sicher sein zu können, daß es nicht wieder Streit gibt. Daraufhin wurde Wörner nach Washington geschickt, um zu erklären, daß Genscher alles gar nicht so gemeint habe. Aber als er dort gerade am Erklären war, erschien ein Interview von Herrn Kohl in der Washington Post, daß der "Waldspaziergang" jetzt nicht in Betracht gezogen werden sollte, was auf gut Deutsch heißt: aber später.

Zu all dem kann ich nur sagen, so kann man deutsche Interessen in Washington nicht wirksam vertreten. Langsam fangen die Amerikaner an, Helmut Schmidt Abbitte zu tun, der zwar unsere Interessen auch in Washington immer knallhart vertreten hat, bei dem man aber auch immer wußte, woran man war.



Wir Sozialdemokraten drücken auf beide Großmächte, zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen. Wir wollen weniger, nicht mehr Raketen. Und wir werden im Herbst "Nein" zur Stationierung sagen, wenn sich die Vereinigten Staaten in Genf nicht doch noch endlich bewegen.

Hinsichtlich der Rechtskoalition kann man aus dem allen schon jetzt ein Fazit ziehen: Sie ist dabei, das außenpolitische Pfund, das Willy Brandt und Helmut Schmidt in 15 Jahren sozialdemokratischer Regierungsführung für die Bundesrepublik hart erarbeitet hat, zu verpielen, statt mit ihm zu wuchern.

In der Wirtschaftspolitik sieht es nicht besser aus, auch wenn die konservative Presse und konservativen Radio- und Fernsehkommentatoren immer noch den Eindruck zu vermitteln suchen, mit der Bildung der Rechtskoalition seien eigentlich all unsere Probleme gelöst. Daß das Gegenteil der Fall ist, wird den Bürgern mehr und mehr bewußt. Unsere Probleme wachsen, sie werden schwieriger, gerade auch im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Da sich in diesen Bereichen Bund- und Länder-Politik eng durchdringen, stehen diese Fragen zu Recht im Mittelpunkt des hessischen Wahlkampfes.

Beim Kampf um die Bonner Regierung hat Helmut Kohl den Wählern versichert, das beste Programm für einen wirtschaftlichen Aufschwung, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei ein Regierungswechsel. Wie sehen heute die Tatsachen aus?

Von einem wirtschaftlichen Aufschwung im Sinne einer Überwindung der Wirtschaftskrise kann keine Rede sein. Die Baukonjunktur hat sich zwar erholt - und die Hessische Landesregierung hat durch ihre Beschäftigungsprogramme das ihre dazu beigetragen. Aber während im letzten Jahr der Regierung Schmidt die Bundesbank eine Zinssenkungspolitik einleiten konnte, kommen die Dinge jetzt ins Stocken. Die für die Bautätigkeit zentralen Hypothekenzinsen steigen sogar wieder - unter anderem weil die amerikanischen Zinsen wieder steigen. Denn Herr Kohl hat zwar in Williamsburg vor kolonialer Kulisse mit Präsident Reagan für die Pressefotografen posiert - als Hilfssheriff sozusagen -, aber Zugeständnisse der Amerikaner in der Wirtschafts- und Zinspolitik hat er nicht erreicht. Und so steigen die amerikanischen Zinsen wieder und mit ihnen steigt der Wert des Dollar. Ihm gegenüber hat der Wert der D-Mark um zwölf Prozent abgenommen. Unsere Touristen können in diesem Jahr ein Lied davon singen.

Die Amerikaner brauchen einen starken Dollar und darum hohe Zinsen, weil sie dadurch Geld aus Westeuropa und aus den Ölländern in ihr Land ziehen, um mit diesem Kapitalimport ihre Defizite zu finanzieren. Daß sie damit die Chancen einer Konjunkturerholung nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt abzuwürgen drohen und die Dritte Welt an den Rand einer Katastrophe bringen, scheint sie nicht übermäßig zu bewegen. Auch eine Art von Bündnispolitik, aber keine in unserem Interesse.

Was Europa selbst betrifft, so sieht es nicht besser aus. Die deutsche Präsidentschaft in der EG hat keines der schwierigen finanz- und wirtschaftspolitischen Probleme der EG einer Lösung nähergebracht. Nicht einmal die Reform der unsinnigen, Milliarden verschlingenden europäischen Agrarordnung. Auf dem Stuttgarter Gipfel ist Herr Kohl vielmehr seinem inneren Wesen treu geblieben und hat in schöner Verpackung alles vertagt. Jetzt sollen die Griechen die Fragen lösen, die die Bundesregierung vor sich hergeschoben hat.

Und wie steht es unterdessen mit der Arbeitslosigkeit? Sie steigt ebenso, wie die Zahl der wirtschaftlichen Pleiten steigt.

Als die Rechtskoalition im Oktober 1982 die Regierung übernahm, hatten wir 1,8 Millionen Arbeitslose. In den ersten vier Monaten der Amtszeit der Rechtskoalition stieg diese Zahl trotz des milden Winters um 700.000 auf 2,5 Millionen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rechnet für 1984 im Bundesdurchschnitt mit 2,53 Millionen Arbeitslosen. Das wäre gegenüber 1983 ein Anstieg um 250.000, gegenüber 1982 ein Anstieg um 750.000 Arbeitslose. Und die Arbeitslosigkeit - auch die Jugendarbeitslosigkeit - steigt weiter. Wenn die Rechtskoalition ihre bisherige Wirtschaftspolitik fortsetzt, wird die Arbeitslosenzahl in der zweiten Hälfte der 80er Jahre nach Schätzung von Wirtschaftsinstituten auf über 3,5 Millionen steigen.





Nun weiß jeder, daß keine Regierung in der Welt allein - und schon gar nicht von heute auf morgen - die Arbeitslosigkeit beseitigen kann. Das wissen wir aus eigener schmerzlicher Erfahrung, und wir messen die Rechtskoalition nicht an anderen Maßstäben als uns selbst. Was wir ihr vorwerfen ist, daß sie im Gegensatz zur Politik von Helmut Schmidt durch ihre Politik das Arbeitslosenproblem nicht eindämmt, sondern noch verschärft.

Die Rechtskoalition tut auf vier entscheidenden Feldern der Wirtschaftspolitik das genau Falsche: Durch ihre Haushaltsbeschlüsse hat sie erstens unserer Volkswirtschaft Kaufkraft in einer immensen Größenordnung entzogen. Die OECD rechnet in ihrem jüngsten Jahresbericht der Bundesregierung vor, daß durch ihre Finanzpolitik - die auch die Länder und Gemeinden beeinträchtigt - bis 1984 ein Nachfrageausfall in Höhe von 50 Milliarden DM entsteht. Das sind drei Prozent des Sozialprodukts, oder um es anders auszudrücken: Nach Analyse der OECD werden allein durch die Finanzpolitik der Bundesregierung 750.000 Menschen zusätzlich arbeitslos.

Zweitens läßt die Rechtskoalition die deutsche Stahl- und Werftindustrie sowie den deutschen Kohlebergbau hängen, weil ihr eine aktive Strukturpolitik offenbar als sozialistische Sünde erscheint. Mit der Folge, daß wir heute in manchen Stahl- und Kohlestandorten bereits über 15 Prozent Arbeitslose haben.

Drittens hat die Rechtskoalition das von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegte, solide finanzierte Beschäftigungsprogramm mit einem Volumen von 30 Milliarden DM ohne nähere Prüfung abgelehnt. Wir wissen, daß auch ein solches Beschäftigungsprogramm nur Teil eines Gesamtkonzepts sein kann. Aber das Gesamtkonzept der Rechtskoalition heißt: nichts tun. Auf Jochen Vogels Vorschlag eines internationalen Währungs- und Beschäftigungspaktes der wirtschaftlich starken Länder ist die Bundesregierung nicht einmal eingegangen.

Viertens wird innerhalb der Rechtskoalition zwar viel über das Thema Arbeitszeitverkürzung gestritten. Praktisch hat die Bundesregierung auch auf diesem Gebiet nichts getan. Ja nicht nur das: Sie hat auch den von uns eingebrachten Entwurf eines fortschrittlichen Arbeitszeitgesetzes einfach abgelehnt. Das gleiche gilt für unseren Vorschlag, die Lebensarbeitszeit durch eine vorgezogene Ruhestandsregelung zu verkürzen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einmal Holger Börner für die Hessische Initiative im Bundesrat danken, mit der diese vorgezogene Ruhestandsregelung abgesichert werden sollte.

Die Rechtskoalition erklärt, für das alles hätten wir kein Geld. Wir müßten im Gegenteil unsere Schulden abbauen. Nun bestreitet niemand, daß wir in der Weltwirtschaftskrise in manchem kürzer treten, den Riemen enger schnallen müssen, auch im Sozialbereich. Aber die Bundesregierung hat die Schulden ja gar nicht gesenkt. Sie muß vielmehr immer neue Schulden aufnehmen und das folgerichtig so. Denn was sie auf der einen Seite durch Nichtstun in der Beschäftigungspolitik und durch Abbau von Sozialleistungen scheinbar spart, muß sie auf der anderen Seite für die wachsende Zahl von Arbeitslosen drauflegen.

Bereits heute zahlen wir für die Arbeitslosen, für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, rund 32 Milliarden DM jährlich. Nimmt man die Steuerbeitragsausfälle hinzu, sind es 55 Milliarden DM. Und der Trend geht, wie gesagt, weiter. Eine Million zusätzliche Arbeitslose würde die unmittelbaren Kosten der Arbeitslosigkeit auf über 75 Milliarden DM jährlich erhöhen.

Gerade weil die Rechtskoalition die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft, sondern alles den sogenannten Selbstheilungskräften des Marktes überläßt, muß auch das Schuldenmachen weitergehen.

So gesehen scheint mir übrigens die Kandidatur von Herrn Wallmann, der in der Hessischen CDU den Dauerabblitzer Dregger ersetzt hat, tiefenpsychologisch verständlich zu sein. Auch Herr Wallmann hat ja alle beschäftigungspolitischen Maßnahmen Holger Börners in Hessen und alle beschäftigungspolitischen Initiativen Hessens im Bundesrat schlecht abgelehnt. Und gleichzeitig hat er sich den unsoliden Ruf eines Königs der Schuldenmacher erworben. Die Schulden der Stadt Frankfurt sind unter ihm 1982, in nur zwölf Monaten, um 42 Prozent auf über drei Milliarden DM gestiegen. Und so ist dieser Mann ein Symbol verfehlter CDU-Politik und ein Symbol des Widerspruchs, der bei der Union zwischen Wort und Taten zu klaffen pflegt. (-/16.8.1983/vo,he/ca)

